



Pressemitteilung, 1. Juni 2005

Außer menschliches Leid nichts gebracht

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. weiterhin für die Schließung der Ausreiseeinrichtung

Mit Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 können die Länder Ausreiseeinrichtungen für ausreisepflichtige Ausländern schaffen. Vorrangiges Ziel ist es, die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise zu fördern. In Sachsen-Anhalt gibt es eine solche Einrichtung, integriert in die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt, schon seit Januar 2002. Mit einer kleinen Anfrage an die Landesregierung wollte die PDS-Fraktion etwas über den derzeitigen Stand der Ergebnisse in Erfahrung bringen.

Im Jahr 2004 wurden 62 Personen, darunter 6 Frauen in die Ausreiseeinrichtung eingewiesen. Ein Teil von ihnen lebt schon seit mehr als 10 Jahren in Deutschland. Mehrheitlich sind es Ausländer aus Vietnam (18) und China (10) sowie aus verschiedenen afrikanischen Ländern, die von der Zuweisung betroffen sind.

Die in der Antwort enthalten Angaben bestätigen aus unserer Sicht, dass die Ausreiseeinrichtung völlig ungeeignet ist, um eine freiwillige Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländer zu fördern. Es handelt sich um eine Zwangsmaßnahme, was von vornherein jede freie Entscheidung des Betroffenen ausschließt. Was hier auf unbefristete Zeit stattfindet grenzt an Willensbeugung, eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Die Devise „Zuckerbrot und Peitsche“ geht jedoch nicht auf. Denn bisher hat niemand die speziellen Angebote zur Motivierung zur Mitwirkung bei der Identitätsklärung angenommen. Zudem ist im Jahr 2004 nur eine „freiwillige“ Ausreise erfolgt.

Die Ausreiseeinrichtung treibt Menschen in die Illegalität und damit in ein rechtloses Leben. Wie viele der eingewiesenen Personen sich überhaupt noch dort aufhalten, kann nicht sicher angegeben werden. 15 Personen haben sich gar nicht erst dort gemeldet. Es handelt sich um eine Verdrehung der Tatsachen, wenn in der Antwort behauptet wird, dass die „untergetauchten“ Personen ja auch undokumentiert ausgereist sein können. Man muss davon ausgehen, dass sie ein Leben in der Illegalität dem in der Ausreiseeinrichtung vorgezogen haben.

Die Bedingungen vor Ort entsprechen auf Dauer keinem menschenwürdigen Dasein. Die Betroffenen können aufgrund der massiven sozialen und räumlichen Ausgrenzung unter vollständigem Entzug von Barleistungen nicht mehr frei und selbstständig handeln. Eine Beratung und Betreuung, welche den Bedürfnissen der Ausländer entspricht und Konflikte vermeidet findet entgegen der Darstellung der Landesregierung nicht statt. Auch hier wird beschönigt, um die wahren Zustände zu vertuschen.

Es braucht nicht noch ein Jahr um zu erkennen, dass die Ausreiseeinrichtung nur ein weiterer Baustein einer flüchtlingsfeindlichen Politik ist und abgeschafft werden muss.

gez. Grit Gurol